

ver.di OV Saar-Blies zur Friedensdemo am 3. Oktober in Stuttgart:

Nie wieder kriegstüchtig! Wir stehen auf für Frieden!

Der Ortsverein Saar-Blies der Gewerkschaft ver.di ruft für den 3. Oktober 2025 zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig! Wir stehen auf für Frieden!“ in Berlin und Stuttgart. Wir fahren nach Stuttgart und organisieren eine gemeinsame Anreise.

Wir unterstützen den Bündnisaufruf, der eine Basis für ein gemeinsames Handeln unterschiedlicher Strömungen der Friedensbewegung darstellt. Hier der Bündnisaufruf: <https://nie-wieder-krieg.org/buendnisaufruf-03-10-25/>

Der Aufruf ist ein Kompromiss, der auch von der ver.di mitgetragen werden kann. Er benennt die Folgen der Hochrüstung für die Daseinsvorsorge, für Soziales, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Umwelt. Trotz unterschiedlicher politischer Sichtweisen in der Mitgliedschaft wollen und müssen wir uns aktiv an den Friedensaktivitäten beteiligen, weil die Gewerkschaften angesichts der Herausforderungen dringend gebraucht werden. Die elementaren Interessen der abhängig Beschäftigten stehen angesichts der Hochrüstung und Militarisierung zur Disposition.

ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und spricht sich gegen die gefährliche Hochrüstung aus. Wir trauern um alle Opfer von Kriegen und Gewalt und verurteilen alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

80 Jahre nach Ende der Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Hitler-Faschismus ist der Frieden auch in Europa wieder bedroht. Wir erleben neue Formen von Gewalt und Verletzung der Humanität. Wir sind entsetzt über den Krieg in der Ukraine, über die fundamentale Verletzung der Menschenrechte im Gaza-Streifen, über die unterschiedlichen Kriege und Konflikte überall auf der Erde.

Die Aufrüstung wird damit begründet, dass ansonsten demnächst die Russen kämen. Ob Bedrohungslüge oder nicht, es hat den Anschein als ob ein Krieg vorbereitet wird. Die Russen wiederum erwarten einen Angriff von der Nato. Und sie haben erklärt, dass sie von ihren Atomwaffen Gebrauch machen werden, wenn sie sich in ihrer Staatlichkeit angegriffen fühlen. In unserem Land sollen 2026 neue Atomraketen stationiert werden. Über deren Einsatz wird der US-Präsident Trump entscheiden. Bekanntlich wirken Raketen wie Magneten.

ver.di kritisiert die Entscheidung der NATO-Mitgliedsstaaten, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verknüpft und auf fünf Prozent dieses Wertes erhöht wird. Damit hat sich die Bundesregierung der Forderung von Donald Trump unterworfen. Bezogen auf den deutschen Bundeshaushalt von 2024 entsprechen fünf Prozent einem Gesamtaufwand von 215 Mrd. Euro – jährlich! Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt! Sie geht auf Kosten der arbeitenden Menschen, der Alten und Kranken, der Kinder und Jugendlichen.

Wir wollen mehr Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen und Klimaschutz und nicht für Waffen. Die NATO gibt 17mal soviel fürs Militär aus wie Russland. Wir sehen mit großer Sorge, dass wir kriegstüchtig werden sollen, wie die Militarisierung voranschreitet und die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll. ein Krieg vorbereitet wird.

Noch wird behauptet, es sei möglich sowohl hochzurüsten und gleichzeitig den sozialen Standard zu halten. Dem ist nicht so. Investitionen in die Rüstung werden nicht für Wachstum sorgen. Sie werden zu Sozialabbau führen.

Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir demonstrieren gemeinsam mit den unterschiedlichsten Friedensgruppen am 3. Oktober in Stuttgart: Gegen die Hochrüstung mit ihren unsozialen Konsequenzen. Gegen die Mittelstreckenwaffen. Gegen die innere Militarisierung. Für die Beendigung aller Kriege – insbesondere in der Ukraine und im Mittleren Osten / Westasien.

Entwurf Vorstand ver.di Ortsverein Saar-Blies, 26. August 2025